

**Hier sieht nun
wirklich jeder
Ihre Werbung!**

Buchen bei: print-ad kretz gmbh
Tramstr. 11, 8708 Männedorf
Telefon 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

ABSTIMMUNG VOM 9. JUNI 2013

Volkswahl heisst Volkswohl

Am kommenden 9. Juni kommt die SVP-Volksinitiative zur «Volkswahl des Bundesrates» zur Abstimmung. Sie führt zu einer wesentlichen Erweiterung der Volksrechte. Alle Bürgerinnen und Bürger haben künftig die Möglichkeit, die Landesregierung direkt mit ihrer Stimme zu wählen. So wird die direkte Demokratie gestärkt.



CHRISTOPH MÖRGELE
NATIONALRAT SVP
STÄFA

In sämtlichen Kantonen der Eidgenossenschaft wird die Regierung direkt durch das Volk gewählt. Dies ist Ausdruck des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Volkssouveränität. Einzig auf Bundesebene sind die Bürgerinnen und Bürger an der Wahl ihrer Regierung nicht beteiligt. Damit liegt die wichtigste Wahlkompetenz eines souveränen Volkes – die der obersten Landesbehörde – hierzulande nicht beim Volk.

Mit einer Volkswahl des Bundesrates könnte die Demokratie auf Bundesebene ganz entscheidend vervollständigt werden. Schon 1848 hatte die Kommission zur Revision der Bundesverfassung eine Wahl des Bundesrates durch das Volk mit lediglich 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Zu gescheiterten Versuchen kam es durch zwei Volksinitiativen 1900 und 1942. Die Volkswahl des Bundesrates dürfte beide Male nicht zuletzt deshalb gescheitert sein, weil gleichzeitig die Zahl der Bundesräte auf 9 erhöht werden sollte. Bei der zweiten Abstimmung prägte die SP übrigens die eingängige Devise: «Volkswahl heisst Volkswohl.»

Staatsrechtlich vernünftig

In der Staatsrechtslehre ist der Gedanke der Volkswahl keineswegs nur auf Ablehnung gestossen. Zaccaria Giacometti meinte, der Bundesrat wäre bei einer Volkswahl «politisch unmittelbar dem Volke verantwortlich» und

daher gehalten, «eine grundsätzliche Linie in seiner Verfassungspraxis» einzuhalten.

Und weiter: «Auch entspricht die Volkswahl mehr der demokratischen Idee und dem Prinzip der Gewaltentrennung.» In neuerer Zeit lehrten Ulrich Häfelin und Walter Haller in ihrem «Bundesstaatsrecht», eine Volkswahl würde dem Bundesrat die gleiche demokratische Legitimität verschaffen, wie sie die Bundesversammlung besitzt. «Bundesrat und Parlament wären in dieser Hinsicht einander gleichgestellt.» Wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen in St. Gallen und Zürich haben die grundsätzliche ökonomische Effizienz erweiterter Volksrechte ergeben.

Mit der bisherigen Regelung geniesst das zur Gesetzgebung gewählte Parlament gegenüber der Exekutive wie der Judikative eine schwer zu rechtfertigende Vormachtstellung, darf

Dem Trend des politischen Desinteresses würde entgegengewirkt.

es doch die Mitglieder der beiden andern Behörden bestimmen. Obendrein ist die Rechtsgleichheit zwischen Volk und Ständen beziehungsweise zwischen den beiden Parlamentskammern nicht gegeben: Der

Nationalrat wählt den Bundesrat mit 200 Stimmen, der Ständerat lediglich mit 46.

Minderheitenvertretung garantiert

Der Haupteinwand, der gegen die Volkswahl des Bundesrates vorgebracht wird, ist die Sorge um die sprachlichen Minderheiten. Einzig die Vereinigte Bundesversammlung könne gewährleisten, dass die lateinische Schweiz angemessen in der Regierung vertreten sei. Mit Hinweis auf die

Volkswahl der Regierungen in den zwei- und mehrsprachigen Kantonen ist dieses Argument leicht zu entkräften: Während Bern und das Wallis den Sprachgruppen verfassungsmässige Garantien verleihen, verzichten Freiburg und Graubünden darauf – Probleme ergaben sich weder im einen noch im andern Fall.

Diese Beispiele zeigen, dass die Kantone das Problem des Minderheitenschutzes ohne weiteres lösen konnten. Auf Bundesebene sind in der SVP-Volksinitiative verfassungsmässige Garantien vorgesehen, um die Vertretung

der Romandie und des Tessins angemessen zu gewährleisten.

Volk immuner gegen Mediendruck

Weiter wird eingeworfen, die Volkswahl würde die Macht der Medien noch weiter steigern. Die Wirklichkeit stellt sich anders dar, denn der Einfluss der Medien auf Bundesräte und Parlamentarier ist wesentlich grösser als jener auf die Bevölkerung. Die Ablehnung des EWR-Vertrages oder die SVP-Wahlerfolge der letzten Jahre lassen sich wohl schwer-

lich mit der Einflussnahme der Medien erklären. Hingegen dürfte die Volkswahl des Bundesrates unser gesamtes politisches Leben aktivieren, ja elektrisieren.

Die Parteien und deren Bundesratskandidaten müssten ihre Aktivitäten entscheidend verstärken und ihr inhaltliches Profil besser zur Geltung bringen.

Und umgekehrt würde das Volk mitverantwortlich für seine Bundesräte und müsste nicht mehr die Faust im Sack machen. Zweifellos wäre die Volkswahl des Bundesrates geeignet, dem Trend des politischen Desinteresses und der Stimmbastinenz entgegenzuwirken.

Die Demokratie könnte entscheidend vervollständigt werden.

Dem Volk vertrauen – den Parteien auf die Finger schauen – JA zur Volkswahl des Bundesrats

In allen Kantonen werden Regierungsräte, Ständeräte und Nationalräte vom Volk gewählt. Das hat sich bewährt. Es gibt keinen Grund, warum die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ausgerechnet auf höchster Ebene, bei der Wahl des Bundesrates, kein Mitspracherecht haben. Die Initianten trauen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zu, den Bundesrat selber zu wählen.

Die direkte Demokratie und die gut ausgebauten Volksrechte sind ein Garant für Wohlstand, Sicherheit und Stabilität in der Schweiz. Die Volkswahl ist ein Vertrauensbeweis ans Volk. Abfällige Bemerkungen und Entschuldigungen im Ausland nach Volksentscheiden zeigen, wie politische Entscheidungsträger dem Volk zunehmend misstrauen. Es gilt Gegensteuer zu geben.

Darum JA zur Volkswahl des Bundesrates:

- Die Volkswahl von Regierung und Parlament hat sich in den Kantonen und Gemeinden bewährt. Die

Wahl ist transparent, fair und führt zu einer besseren Kontrolle der Macht.

- Die Suisse Romande, der Kanton Tessin und die italienischsprachigen Gebiete in Graubünden profitieren: Ihnen werden in der Verfassung mindestens zwei Sitze garantiert. Dies ist heute nicht der Fall.
- Die Volkswahl ist ein Vertrauensbeweis und eine Kompetenzverschiebung hin zum Volk. Dies ist umso wichtiger in einer Zeit, in der man uns schleichend in die EU führen will. Wählt das Volk, dann haben die Bundesräte vermehrt

auf die Bevölkerung Rücksicht zu nehmen.

- Hinterzimmerabsprachen und Mausechelen vor den Bundesratswahlen werden unterbunden.
- Die Volkswahl des Bundesrates findet alle vier Jahre gleichzeitig mit den Nationalratswahlen statt. So braucht es keine zusätzlichen teuren Kampagnen für die Bundesratswahlen.

Die kantonalen Wahlen zeigen: Das Volk hat ein gutes Gespür für die richtige Zusammensetzung der Regierung. Stärken wir die Demokratie, stärken wir die Schweiz!

Landwirte telefonieren untereinander gratis

30% - 100% Rabatt auf Handy Abopreise

z.B. für nur 63 Franken im Monat in alle Schweizer Mobil- und Festnetze telefonieren inkl. unlimitiert surfen und SMS/MMS schreiben.

Wir beraten Sie gerne!!

Maschinenring
Machbentag Zürich, Brämstrasse 5
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.maschinenring.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Präsentieren Sie Ihre Werbung bei der Leserschaft von «Der Zürcher Bote» im besten Licht.

Also hier!

print-ad kretz gmbh
Tramstrasse 11
8708 Männedorf
Telefon 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Damit Sie wieder hören, was in Bundesbern läuft!

Dietikon HörCenter

Bahnhofstrasse 12, 8953 Dietikon
Telefon 043 322 55 66
Öffnungszeiten: Mo - Fr: 09.15 - 12 / 13 - 17.30

Jetzt anmelden für **Gratis-Hörtest**

Neuste Hörgeräte

Persönliche und individuelle Beratung durch Akustiker mit eidg. Fachausweis

Aufbruch in die falsche Richtung



VON CHRISTOPH MÖRGELE

Es gehört zu den Unwägbarkeiten des Zeitgeistes, dass unsere Linken immer dann obenauf schwimmen, wenn ihre Prinzipien zerbersten. Als der reale Sozialismus 1989 total kollabierte und eine humanitäre Katastrophe mit Millionen Toten, Wirtschafts-Totenstille und Umweltvergiftung hinterliess, gingen sie nicht kritisch in sich. Statt ihre Verstrickungen mit den roten Diktaturen aufzuarbeiten, zauberten die ideologischen Versager eine «Fichenaffäre» aus dem Ärmel. Und trieben die verängstigten Bürgerlichen so vor sich her, dass die neunziger Jahre zum linken Jahrzehnt wurden – mit einer Explosion von Schulden, Sozialausgaben und Staatsquote.

Während jetzt die EU-Fehlkonstruktion samt Euro zusammenbricht, zwingen die Linken die Schweiz auf den griechisch-zyprischen Weg. Die EU-Turbos zeigen der verunsicherten Mitte, wo Bartli den Most holt. Statt sich von seiner militant staatshörigen Frauentruppe zu trennen, schwatzt FDP-Präsident Philipp Müller über Gesamtarbeitsverträge mit «Mindeststandards» für alle Branchen. Der oberste Freisinnige fordert Staatswirtschaft und Gewerkschaftsdiktatur. Er träumt von «gleichem Lohn für gleiche Arbeit». Ein unsinniges Schlagwort aus der unrealen Beamtenwelt. Ein echter Liberaler kennt nur eines: gleichen Lohn für gleiche Leistung.

Ausserdem verlangt Müller Zugang zum «Binnenmarkt». Ein echter Liberaler kennt nur eines: Zugang zum Markt. Wenn wir in den EU-Binnenmarkt wollen, müssen wir auch die EU-Regeln übernehmen. FDP-Müller schwadroniert von «Gerechtigkeit» und «freiwilliger Lohnfairness». Ein echter Liberaler kennt nur eines: Marktwirtschaft statt Staatswirtschaft. Freiheit statt wirtschaftlicher «Gerechtigkeit», die zwingend in der Diktatur enden muss.

Die krisengeschüttelte economiesuisse braucht jetzt glaubwürdige Unternehmer an der Spitze – gegen die anmassenden Linken und für die orientierungslose Mitte. Stattdessen setzt der Wirtschaftsdachverband wieder auf den FDP-Staatsfilz. Die Ex-Regierungsrätin Karin Keller-Sutter soll in den Vorstand. Im Arbeitgeberverband sitzt sie schon, obwohl die Berufspolitikerin gar niemandem Arbeit gibt. Dafür hat sie das Gespür, wie man Hunderttausende abzockt. Beim Detailhandelsverband, bei Baloise, NZZ und mehreren Pensionskassen. Vreni Sperry weiss, wie das endet. Wir auch.

VORSCHAU APRIL-SONDERSESSION DES NATIONALRATS

SVP für tiefere Familiensteuern und gegen Asylmissbrauch

Mitte April 2013 trifft sich der Nationalrat zu einer dreitägigen Sondersession. Deren Schwerpunkt ist mit dem Traktandum «Schengen/Dublin-Realität: Freie Fahrt für Kriminelle und Asylmissbrauch» klar umschrieben. 34 parlamentarische Vorstösse (21 Motionen, 10 Interpellationen, 3 Postulate) wurden zu den unhaltbaren Zuständen in der Migrationspolitik deponiert. Dass die Themenführerschaft dieser Debatte und der ganzen Sondersession eindeutig bei der SVP-Fraktion liegt, hat mit der Entschlossenheit zu tun, den Bundesrat zum Handeln zu zwingen.



HANS EGLOFF
NATIONALRAT SVP
AESCH ZH

Zum Auftakt der Sondersession (15. bis 17. April 2013) befasst sich der Nationalrat mit der SVP-Familieninitiative, die am 30. August 2011 mit 113 011 Unterschriften eingereicht wurde und Volk sowie Ständen folgenden Verfassungsartikel zur Annahme empfiehlt: «Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, müssen für die Kinderbetreuung ein mindestens gleich hoher Steuerabzug gewährt werden wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.»

Dieses Volksbegehren hat nach dem Scheitern des CVP-Familienartikels an der Urne vom 3. März 2013 noch mehr Gewicht erhalten. Worum geht es? Die durchschnittlichen direkten Kinderkosten liegen in der Schweiz (Statistikbericht 2008) zwischen 1092 Franken (ein Kind; Alleinerziehend) und 1310 Franken (zwei Kinder; Elternpaar) bis 1584 Franken (drei Kinder) pro Monat. Die indirekten Kinderkosten liegen noch höher. Im geltenden Steuerrecht wird nur ein ungefähres Existenzminimum berücksichtigt.

In der von der SVP-Initiative geforderten steuerlichen Gleichbehandlung der Kinder-Selbstbetreuung sieht der Bundesrat einen Angriff auf das gescheiterte Konzept, die Kinder-Fremdbetreuung als Staatsziel zu fördern. Er empfiehlt darum, die Initiative abzulehnen: «Eine Fremdbetreuung der Kinder ist mit der Eigenverantwortung der Eltern vereinbar.»

Abtreibung ist Privatsache

Ein bürgerlich breit abgestütztes überparteiliches Komitee (SVP, FDP, CVP,

EVP und EDU) verlangt mit der Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» per Verfassungsartikel die Entlastung der Krankenversicherungen durch «Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung». Auch dazu empfiehlt der Bundesrat die Verwerfung. Dies, weil der Souverän am 2. Juni 2002 ja gesagt habe zur Strafflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten zwölf Wochen und weil das Krankenversicherungsgesetz dafür die gleichen Kostenvergütungen wie für Krankheit vorsehe.

Der Bundesrat befürchtet, dass die Streichung der Kostenübernahme des Schwangerschaftsabbruchs durch die Krankenversicherungen «schädliche gesundheitliche und soziale Auswirkungen» hätte. Dies insbesondere wegen unklarer Ausnahmeregelungen. Auch würde möglicherweise ein Anreiz geschaffen, Schwangerschaftsabbrüche ausserhalb des gesetzlichen Rahmens mit fragwürdiger Behandlungsqualität vorzunehmen.

Machtlose Migrationsbehörden

Die fast drei Dutzend parlamentarischen Vorstösse zum Problembereich der Migrationspolitik vermitteln eine besorgniserregende Gesamtschau. Die SVP-Fraktion verweist zum Beispiel auf die Machtlosigkeit der Polizei angesichts der zunehmenden Asylanten-Kriminalität und fragt: «Ist das Bundesamt für Migration (...) aufgrund der Reorganisation und des seither herrschenden Chaos überhaupt noch handlungsfähig?» Die Stellungnahme des Bundesrats wirkt eher hilflos. Er sagt, die Schweiz habe bisher 47 Rückübernahmeabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten von Asylsuchenden abgeschlossen, aber «vielfach ist eine

Rückführung nicht möglich, weil der Herkunftsstaat der betroffenen Person nicht kooperiert». Auch bei straffälligen Asylsuchenden sei es eine völkerrechtliche Pflicht, deren Flüchtlingseigenschaften individuell zu prüfen.

Weil die Schweiz aber mit vielen weiteren Herkunftsstaaten von Asylbewerbern (Tunesien, Marokko, Angola, Guinea, Ghana, Äthiopien, Sierra Leone, Eritrea, Elfenbeinküste, Niger, Mali, Iran, Nepal, Pakistan, Jemen, Indien und Palästinensische Autonomiegebiete) keine Rückübernahmeabkommen abschliessen konnte, verlangt die SVP-Fraktion Gegenmassnahmen wie die Streichung von Entwicklungshilfegeldern oder den Abbruch der diplomatischen Beziehungen: «Aus diesen Ländern kommen die meisten Straftäter, und so lange keine Zwangsausschaffungen möglich sind, werden uns solche Leute weiterhin auf der Nase herumtanzen und Polizei und Behörden in Trab halten.»

Der Bundesrat beantwortet zwar auch diese Vorschläge mit einer schönfärberischen «Gegendarstellung» und der Absichtserklärung «die Palette solcher Verträge in den nächsten Jahren noch auszubauen». Aber er schliesst immerhin «Gegenmassnahmen in einzelnen Fällen als angemessenes Instrument» nicht mehr aus ...

Verfahren dauern zu lange

Ein weiterer Fraktionsvorstoss betrifft die viel zu langen Asylverfahren mit mehrfachen Rekursen, bis die abgewiesenen Gesuchsteller gar nicht mehr ausgeschafft werden können. Nebst vielen «Wenn und Aber» steht in der Bundesratsstellungnahme immerhin auch der Satz: «Der Bundesrat teilt die Auffassung, dass Asylverfahren möglichst rasch und effizient durchzuführen sind.» Nichts wissen hingegen will

der Bundesrat von einem ebenfalls von der SVP verlangten Verbot des Familiennachzugs für vorläufig aufgenommene Asylsuchende (60 Prozent aller Gesuchsteller), einem eigentlichen Schlupfloch im Asylsystem: Das wäre unverhältnismässig, findet er.

Ein anderes Stichwort zu diesem Problembereich betrifft die Schengen/Dublin-Kosten, die statt 7,4 Mio. Franken jährlich, wie vor der Volksabstimmung versprochen, nun rund 100 Mio. Franken ausmachen. «Zu tief geschätzt», sagt der Bundesrat und findet, auch ohne Abkommen wären für die technologische Entwicklung der Verwaltung hohe Kosten angefallen. Dass die unkontrollierte Ein- und Ausreise gemäss Schengen-Konzept für kriminelle Banden in Grenzregionen zum Dauerproblem geworden sei, bestreitet der Bundesrat rundweg: «An der Beurteilung, dass Schengen einen Sicherheitsgewinn bedeutet, hat sich nichts geändert.» Eine Wiedereinführung von Personenkontrollen an den Landesgrenzen sei daher «weder rechtlich möglich noch erforderlich». Mobile Polizeikontrollen und Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten seien «zielführender».

Auch von erkenntnisdienlichen DNA-Proben von tatverdächtigen Asylbewerbern zur zweifelsfreien Identifizierung und von längerer Untersuchungshaft will der Bundesrat nichts wissen: Das wäre alles unverhältnismässig, steht in der Antwort der Exekutive. Die Feststellung eines Genfer Volksvertreters, in der Bevölkerung verstärkte sich das Gefühl, Kriminelle würden gar nicht bestraft, ist deshalb schwer zu widerlegen. Wie der Nationalrat mit diesem Gefühl umgeht und den vielfältigen Erwartungen der Wählerschaft gerecht werden will, bleibt abzuwarten.

DER SCHWEIZ DROHT DIE STAATSWIRTSCHAFT

Flexibles Arbeitsrecht in Gefahr

Ein flexibler und liberaler Arbeitsmarkt, bei dem die Sozialpartner in Verantwortung für die Arbeitsplätze die Rahmenbedingungen setzen, war stets ein grosser Trumpf des Werkplatzes Schweiz. Mit der 1:12-Initiative und der Mindestlohn-Initiative, welche in nächster Zeit zur Abstimmung gelangen, laufen wir Gefahr, diesen Trumpf leichtfertig zu verwerfen. Dass nun offenbar gar bürgerliche Kreise mit einem Gegenentwurf zur Mindestlohn-Initiative liebäugeln, ist unverständlich und kann nur mit der Personenfreizügigkeitsfalle erklärt werden, in der sich die Mitte-Parteien befinden.



MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Mit der 1:12-Initiative und der Mindestlohn-Initiative würde künftig der Staat direkt in die Festsetzung der Löhne von Privatunternehmen eingreifen. Die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wäre damit Geschichte. Der Staat wäre neu für die Festsetzung der Löhne im höheren wie im tieferen Segment zuständig. Die Schweiz würde damit staatswirtschaftliche Prinzipien aus der sozialistischen Mottenkiste übernehmen. Dies wäre für den Werkplatz Schweiz im internationalen Konkurrenzfeld des 21. Jahrhunderts fatal. Dass selbst besonnene linke Kreise zulassen wollen, dass unser Land zum ideologischen Spielplatz sozialistischer Jungspunde wird, stimmt bedenklich.

Keine unnötigen Konzessionen

Schliesslich geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die hart erungene Sozialpartnerschaft, in der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gezwungen sind, am gleichen Tisch mit ihrem Gegenüber tragbare und konkurrenzfähige Lösungen auszuhandeln. Ein Erfolgsmodell, das der Schweiz bezüglich Arbeitslosenquoten, Jugendarbeitslosigkeit, Haushaltseinkommen und Kaufkraft seit Jahrzehnten Bestnoten einbringt.

Umso erstaunlicher ist es, dass nun bürgerliche Kreise offenbar der Mindestlohn-Initiative mit einem Gegenentwurf entgegenkommen wollen. Von flächendeckenden Gesamtarbeitsverträgen und «Mindeststandards» ist die Rede. Für Parteien, die sich zu einem liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell bekennen, ist dies ein nicht nachvollziehbares Verhalten, zumal es genügend gute Gründe gegen diese Volksinitiative gibt. Selbst der Bundesrat redet in seiner Botschaft für einmal Klartext: «Ein nationaler gesetzlicher Mindestlohn im Sinne der Initiative könnte das gute Funktionieren des Arbeitsmarktes gefährden und Arbeitsplätze bedrohen. Dadurch würde die Integration einiger heute benachteiligter Personenkategorien erschwert. Gewisse Regionen und Branchen wären besonders stark betroffen.»

Das Taktieren einiger Repräsentanten der Mitte-Parteien dürfte denn auch andere Gründe haben als der Kampf gegen eine Schwächung des Werkplatzes. Vielmehr ist es eine Folge der «Personenfreizügigkeitsfalle», in die sich diese Kreise begeben haben. Die ökonomische Vernunft wird der offenbar allein seligmachenden Personenfreizügigkeit mit der EU untergeordnet. Damit ist die bürgerliche Mitte erpressbar geworden. Immer häufiger knickt man unter dem Stichwort der sogenannten «flankierenden Massnahmen» vor gewerkschaftlichen Forderungen ein: Ausdehnung der Gesamtarbeitsverträge, Solidarhaftung,

zusätzliche Bürokratie und Kontrollen. Der flexible Arbeitsmarkt wird fast in jeder Session des Parlaments ein bisschen mehr eingeschränkt und die Konkurrenzfähigkeit des Werkplatzes auf diese Weise geschwächt.

Stärkung des Werkplatzes nötig

Diese Entwicklung ist gefährlich. Sie ist Teil einer verqueren Logik, wonach eine Schwächung der Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz die Attraktivität auch für die

Zuwanderer reduziert. Wenn es keine Arbeitsplätze mehr gibt, braucht es auch keine Arbeitskräfte mehr. Es gibt nun wirklich bessere Rezepte zur Steuerung der Zuwanderung. Und es bleibt deshalb zu hoffen, dass diese Kreise noch zur Vernunft kommen. Vor dem Hintergrund des immer schärferen internationalen Standortwettbewerbs braucht es nicht weitere unnötige Konzessionen an die Linke. Nicht der Umverteilungsstaat ist zu stärken, sondern der Werkplatz.

GRIPEN

Bürgerliche Handlanger für die Linke



HANS FEHR
NATIONALRAT SVP
EGLISAU

Die rot-grünen Flugzeug- und Armeegegnern konnten sich bei der Debatte in der nationalrätlichen Sicherheitspolitischen Kommission vom 8./9. April zum Kauf von 22 Gripen-Kampfflugzeugen weitgehend zurücklehnen und genüsslich mitverfolgen, wie sogenannte Bürgerliche für sie als Handlanger tätig waren. Der Sistierungsantrag mit der Verschiebung des Geschäftes bis in den August kam von bürgerlicher FDP-Seite und war absolut überflüssig.

Die angeblich offenen Fragen (Streitbeilegung, Zahlungsmodalitäten) sind im Beschaffungsvertrag, der weit über das Übliche hinausgeht, hinreichend geregelt. Zudem ist Schweden seit Jahrzehnten ein absolut zuverlässiger Vertragspartner; statt Vertrauen wird nun Misstrauen gesät.

Dennoch – und trotz aller Verzögerungsspiele – bin ich zuversichtlich, dass das Parlament in der Herbstsession zustimmen wird. Die Bürgerlichen müssen dann den Tatbeweis liefern, dass sie nicht nur «grundsätzlich» sondern tatsächlich für unsere Sicherheit und eine glaubwürdige Landesverteidigung samt einem tauglichen Luftschirm einstehen!

RATSBERICHT

Erfreuliche Bildungsdebatte im Kantonsrat

In seiner ersten Aprilsitzung beschloss der Zürcher Kantonsrat über eine Reihe von bildungspolitischen Vorstössen. Unter anderem ging es um die Weiterbildung der Lehrpersonen, die Arbeitsverhältnisse für Mittelschullehrpersonen, die Sprachförderung in Kinderkrippen und die Gleichgewichtung des Sportunterrichts. Alle Beschlüsse fasste der Rat im Sinne der SVP-Fraktion.



YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Mit einem Postulat forderten EVP, GLP und CVP den Regierungsrat auf, die Weiterbildung der Lehrpersonen über Anreize zu fördern und von Zwangsmassnahmen abzusehen. Insbesondere sei der geplante Zulassungsstopp für langjährige Englischlehrpersonen, die sich nicht dem Weiterbildungsdiplom der Bildungsdirektion unterworfen haben, aufzuheben. Der Regierungsrat führte auf, dass für die Qualität der Zürcher Volksschule die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen eine zentrale Bedeutung spielt. Weiterbildung sei insbesondere notwendig, wenn das erforderliche Wissen und Können nicht ausschliesslich mit der Grundausbildung erworben werden könne.

In der Regel erfolge die Weiterbildung freiwillig, in wenigen Fällen im Rahmen von obligatorischen Weiterbildungskursen. Die obligatorische Nachqualifikation entfalle aber, wenn die Lehrperson den Nachweis der ge-

forderten Sprachkompetenz erbringe. Dabei werden auch Ergebnisse, die auf dem Niveau des Certificate Advanced English (CAE) liegen, anerkannt, falls die mündliche Kompetenz einer Lehrperson für die Unterrichtsführung in Englisch gewährleistet sei. Die Ergebnisse der ersten Tests haben gezeigt, dass dies bei rund zwei Dritteln der Lehrpersonen der Fall sein dürfte, darum sei das Postulat nicht notwendig. Das Geschäft wurde mit 130 zu 35 Stimmen abgelehnt.

Arbeitsverhältnisse für Mittelschullehrpersonen

Mit einer Motion forderte der frühere Kantonsrat und heutige Bildungsrat Samuel Ramseyer (SVP) zusammen mit der FDP und der CVP eine Änderung des Personalgesetzes. Dieses soll dahingehend geändert werden, dass befristete Arbeitsverhältnisse für Mittelschullehrpersonen bis längstens zwei Jahre (bisher ein Jahr) zulässig sind. Die Erfahrungen aus dem Schulalltag zeigten, dass sich Lehrpersonen mit wenig Unterrichtserfahrung und/oder aus einem anderen Kanton/Ausland kommend, in einer neuen Mittelschule – mit (mehreren) neuen Klas-

sen verschiedener Stufen – zuerst einarbeiten müssen. Zu einer seriösen Beurteilung, ob ein befristetes Arbeitsverhältnis in ein unbefristetes umgewandelt werden soll, fehlen der anstellenden Schulbehörde (Schulkommission) nach nur zwei Semestern oft ausreichend fundierte Entscheidungsgrundlagen.

Diese Situation ist sowohl für die Schulkommissionen wie für die beteiligten Lehrpersonen unbefriedigend, weil keine Planungssicherheit besteht. Durch eine Gesetzesänderung, welche die Verlängerung des befristeten Anstellungsverhältnisses um ein weiteres Jahr auf insgesamt längstens zwei Jahre festlegt, kann sichergestellt werden, dass in dieser Zeit genügend relevante Informationen für eine Festanstellung eingeholt werden können. Claudio Schmid (SVP, Bülach) stellte im Rat klar, dass es darum geht, die zuständige Schulkommission nicht zu einem Entscheid zu zwingen. Der Kantonsrat überwies die Motion mit 88 zu 81 Stimmen.

Sprachförderung in Kinderkrippen

Mit einer Motion forderten SP und Grüne den Regierungsrat auf, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, welche den Kanton verpflichten, die frühe Sprachförderung von Kindern im Vorschulalter zu fördern und zu unterstützen. Es sollen Beiträge an den Aufbau und den Betrieb entsprechender Angebote sowie an die Weiterbildungen des Personals in Kinderkrippen, Tagesfamilien und Spielgruppen geleistet werden. Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) betonte, dass die frühe Förderung zwar sehr wichtig ist, der Zwang zur Frühförderung jedoch nicht in das Gesetz gehört. Die Privatsphäre der Familien müsse gewahrt werden und die Einmischung des Staats Grenzen haben. Das Postulat wurde mit 102 zu 69 Stimmen abgelehnt.

Gleichgewichtung des Sportunterrichts

Mit einem Postulat forderten die EDU und die EVP die Gleichgewichtung des Sportunterrichts an Zürcher Mittelschulen. Konkret sollte der Sport aufgewertet und zu einem Promotionsfach ernannt werden. Damit sollte die Note in Sport berücksichtigt werden, um ungenügende Noten zu kompensieren. Claudio Zanetti (SVP, Zollikon) stellte klar, dass Sport nicht auf die gleiche Stufe wie zum Beispiel Mathematik gestellt werden darf und Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht) gab zu bedenken, dass die Gleichbehandlung mit behinderten Personen mit dieser Forderung nicht gewahrt werden kann. Der Kantonsrat folgte diesen Argumenten und lehnte diese Forderung mit 102 zu 69 Stimmen ab.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Die Resultate lassen sich sehen



MARGRETH
RINDERKNECHT
KANTONSRÄTIN SVP
WALLISELLEN

Am vergangenen Montag, der 101. Sitzung dieser Legislatur, war wieder einmal eine Bildungsdebatte angesagt. Das statistische Resultat: um 12 Uhr waren 9 Vorlagen behandelt und erledigt ... Fast drei Stunden wurde engagiert über Bildungspolitik geredet.

Lehrerbildung

In den Antworten auf zwei Postulate hat die Bildungsdirektion Bericht über die Qualität der Lehrerausbildung erstattet. Zum einen ging es um die 2010 geforderte Einführung einer verkürzten Ausbildung von Quereinsteigern in den Lehrerberuf. Diese hat sich bewährt und wird rege genutzt, die Zahl der Studierenden steigt weiter an und wirkt so gegen den Lehrerinnen- und Lehrermangel in den kommenden Jahren. In der Antwort auf das zweite Postulat beantwortet die Bildungsdirektion Fragen nach der Qualität der Ausbildung im Hinblick auf die Schulpraxis. Kernstück ist eine breit angelegte Umfrage bei Junglehrern und -lehrerinnen. (KR Nr. 4920) Was genau die persönlichen Einschätzungen der Berufsleute, nämlich Bewertungen von knapp 5 bis 7.5 auf einer Skala von 10 sagen, bleibt dahingestellt: Verbesserungspotenzial ist da aber noch drin. Die Postulate wurden einhellig vom Rat abgeschrieben.

Englisch-Lehrmittel nur noch provisorisch obligatorisch

Für die Zulassung von Lehrmitteln ist eigentlich der Bildungsrat zuständig. Dieser hat nun entschieden, dass das dreiteilige Lehrmittel für Englisch für die Unter-, Mittel- und Oberstufe nur noch provisorisch obligatorisch ist. Alle drei Lehrmittel wurden zwar von der Lehrmittelkommission konzeptionell geprüft, fanden aber bei der Lehrerschaft nicht die gewünschte Akzeptanz. Der Kantonsrat hat dem Antrag auf Aufhebung des Obligatoriums zugestimmt. Immerhin kann davon ausgegangen werden, dass die Entwicklungs- und Produktionskosten der drei Englischlehrmittel bis 2013 durch die Verkaufserlöse gedeckt werden können.

SVP-Bildungsrat Samuel Ramseyer folgte auf der Tribüne mit Interesse den bildungspolitischen Beratungen. Seine

Spannung stieg, als unter Traktandum 8 «seine» Motion debattiert wurde. Es ging um die Verlängerung von befristeten Arbeitsverhältnissen von Mittelschullehrpersonen. Mit Genugtuung konnte er zur Kenntnis nehmen, dass die vor drei Jahren mitunterzeichneten Fraktionen von FDP und CVP mitzogen. Relativ knapp gegen den Antrag des Regierungsrates überwies der Rat die Motion.

Vorschule staatlich organisieren?

Heiss diskutiert wurde über ein Postulat von linker Seite. Dieses wollte, dass der Kanton die frühe Sprachförderung in Kinderkrippen, Tagesfamilien und Spielgruppen fördert und unterstützt. Es geht um kleine Kinder im Alter bis 4 Jahre, Kinder zwischen Geburt und Kindergarten. Als erfahrene Mutter weiss ich, dass Kinder mit ca. 2 Jahren, manche früher, manche später, anfangen Worte nachzusprechen, später entstehen kurze und immer längere Sätze, das Kind lernt Versli und Reime: «Azela Bölä schelä» oder «das isch de Tuume, däa schüttled ...». Und in dieser Zeit sollten also staatliche Förderangebote realisiert werden. Die Betreuungsleute sollen gezielt Sprache lehren, Sprachübungen machen und Wortschatzübungen. Den Linken geht es natürlich um Chancengleichheit und um Integration. Nachdem das Kindergartenalter auf 4 Jahre gesenkt ist, wollen sie jetzt auch noch die Vorschule staatlich organisieren. Kommt nächstens der Vorschlag, dem Ungeborenen schon Lehrgänge zum Spracherwerb vorzuspielen? Das Postulat wurde klar abgelehnt.

Turnen als Promotionsfach?

Eine rege Debatte entwickelte sich zum Schluss der Ratssitzung. «Soll der Turnunterricht in den Mittelschulen Promotionsfach werden?» Die einen sahen darin eine Chance für Gymnasiasten, welche im Turnen hervorragend sind und damit schlechte Leistungen in Deutsch und Mathe kompensieren könnten. Andere aber argumentierten, dass schlechte Turner – jene mit dem Lebensmotto «Sport ist Mord» – benachteiligt würden, denn ihre guten Leistungen in Deutsch und Mathe würden durch schlechte Turnleistungen nach unten gezogen. Nun bleibt es, wie es ist: Es wird weiterhin, hoffentlich mit viel Begeisterung, geturnt, aber niemand soll wegen mieser Turnleistungen von der Mittelschule fliegen.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG ...

- ... dem Volksschulgesetz (Beiträge an die Sonderschulung, Versorgungsplanung) zugestimmt ☺
- ... ein Postulat betreffend Lehrgang für Quereinsteiger in den Lehrberuf abgeschrieben ☹
- ... ein Postulat betreffend Überprüfung der Lehrerbildung im Hinblick auf die Bedürfnisse der Schulpraxis abgeschrieben ☹
- ... ein dringliches Postulat betreffend Aufhebung Obligatorium für die Englisch-Lehrmittel First Choice, Explorer und Voices abgeschrieben ☹
- ... ein dringliches Postulat betreffend Kantonale Mitfinanzierung der Höheren Berufsbildung: Gleichbehandlung, Transparenz und Bildungsförderung abgeschrieben ☺
- ... ein Postulat betreffend Anreize statt Zwang in der Weiterbildung der Lehrpersonen abgelehnt ☹
- ... eine Motion betreffend Verlängerung befristeter Arbeitsverhältnisse für Mittelschullehrpersonen überwiesen ☺
- ... ein Postulat betreffend Förderung und Unterstützung der frühen Sprachförderung in Kinderkrippen, Tagesfamilien und Spielgruppen abgelehnt ☹
- ... ein Postulat betreffend Gleichgewichtung des Sportunterrichts an Zürcher Mittelschulen abgelehnt ☹

8. April 2013

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Universität Zürich: Quo vadis, alma mater?



KANTONSRAT
JÜRIG TRACHSEL
FRAKTIONSCHIEF SVP
RICHTERSWIL

Die SVP nimmt seit einiger Zeit mit Besorgnis von den Negativschlagzeilen rund um die medizinische Fakultät der Universität Zürich Kenntnis. Personalakten von in Ungnade gefallenen Professoren werden vernichtet und Dissertationen werden jahre- und jahrzehntelang fast analog Globibüchern ausgestellt,

und erst heute wird dies nach Medienberichten mit vermeintlicher Empörung festgestellt, selbstverständlich ebenfalls am Beispiel eines in Ungnade gefallenen Professors. Ein an Scheinheiligkeit wohl kaum zu überbietendes Verhalten einer alt-ehrwürdigen Hochschule.

Wer sich die Mühe nimmt, einmal die bis Ende 2011 und damit in der relevanten Zeit geltende Promotionsordnung zur Doktorin/zum Doktor der Medizin zu studieren, kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Harmlos gesagt: Viel wird nicht ver-

langt, Hauptsache: Man darf sich Doktor schreiben. Den Gipfel schießt wohl der erste Satz von § 5 ab, der wie folgt lautet: «Die Dissertation soll in der Regel selbstständig abgefasst sein.» Mit anderen Worten, man muss die eigene Arbeit nicht zwingend selber erstellen ... ungläublich. Im Weiteren ist von externer Begutachtung der Arbeiten kein Wort zu lesen. Mit anderen Worten, möglicher Inzucht ist Tür und Tor geöffnet. Finden sich einzelne Professoren wie z.B. Prof. S. nicht mit dem vermeintlichen Inzuchtspiel inner-

halb der Fakultät ab, werden sie kurzerhand gefeuert, selbstverständlich unter wortreicher Begründung. Prozesse sind seit Jahren hängig, Prozesse, in denen es um Reputation und auch um viel Geld geht. Dass ausgerechnet in einem solchen Fall die Originalpersonalakten verschwunden sind, ist und kann kein Zufall sein.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser, lautet ein alter Grundsatz. Zu lange hat die Politik die medizinische Fakultät gewähren lassen; irgendwie geistreich erklären lässt sich ja fast

alles. Jetzt ist die Politik gefragt. Räumen Sie auf, Frau Bildungsdirektorin Aeppli, als Präsidentin des Universitätsrates und damit oberste Schirmherrin über die medizinische Fakultät sind sie in der Pflicht. Was es braucht, sind einerseits eine Gesamtanalyse des Doktorandenwesens der Fakultät der letzten Jahre und andererseits eine rigorose Bekämpfung allfälliger Günstlingspolitik. Unsere Mitglieder in der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit sind in dieser Sache tätig geworden. Packen Sies ebenfalls entschlossen an!



Vorankündigung

Kantonale Delegiertenversammlung
30. April 2013, 20.00 Uhr, in Winkel

HOHE EHRE FÜR DEN ZÜRCHER NATIONALRAT

Zürcher Schützen ernennen Max Binder zum Ehrenmitglied



Gruppenbild mit Kantonalfähnrich, Trachtenfrau, Verbandspräsident Urs Stähli, die neuen Ehrenmitglieder Max Binder, Heinz Schaufelberger und Hans Bühler, Trachtenfrau, Regula Kuhn.

RoMü. An der Delegiertenversammlung des Zürcher Schiesssportverbandes (ZHSV) in Bäretswil wurde der Illnauer Nationalrat Max Binder zum Ehrenmitglied ernannt. «Max Binder profilierte sich in den vergangenen Jahren als absolut verlässlicher, bürgernahe, wirtschaftsfreundlicher – und was mir auch wichtig erscheint – als schützenfreundlicher Politiker», hielt ZHSV-Präsident Urs Stähli in seiner Laudatio fest. Insbesondere würdigte er zudem den Einsatz von Binder

in seiner Rolle als Tagungspräsident vor 7 Jahren. Unter seiner damaligen Regie und Leitung wurden 2006 in Andelfingen die beiden Zürcher Schiesssportverbände zusammengeschlossen.

Binder zeigte sich über diese Ehrung völlig überrascht, ja gar sprachlos. «Ich versichere euch allen, dass ich aber ab meinem ersten Tag im Leben ein selbstbewusster Schütze bin, weil ich im Sternzeichen des Schützen geboren bin», so Binder.

LESERBRIEF

Es braucht eine starke Gegenkraft

Was sich die SRG in der «Rundschau» mit Chr. Mörgeli geleistet hat, ist gewollt, böswillig und tendenziös. Schon der ellenlange Anfangs-Monolog und Verriss von Christoph Mörgeli, ohne dass er Stellung nehmen konnte, war skandalös. Als Akademiker (Dr. chem. ETH) weiss ich von meinen Studienkollegen in der Medizin, dass eine Dissertation für Mediziner mit abgeschlossenem Staatsexamen eher eine Formsache ist und dem Institut nützt. Der Aufwand dauert in der Regel wenige Monate, während es in den naturwissenschaftlichen Fächern drei bis vier Jahre harte Arbeit verlangt (in den USA fallen sie ganz weg). Ausgenommen sind

die wenigen, die mit der Absicht einer Habilitation im wissenschaftlichen Bereich erarbeitet werden. Sie tun das absolut Richtige, wenn Sie eine grundsätzliche Untersuchung aller Dissertationen im medizinischen Bereich fordern! Der TV-Moderator war wirklich vom Affen gebissen, und sollte fürs erste aus der Rundschau entfernt werden.

PS: Ich bin keineswegs mit allem, was die SVP schreibt und tut einverstanden. Ich bin in erster Linie aus Protest Mitglied der SVP, weil es in der Schweiz eine starke Gegenkraft braucht!

Ulrich Wyss, Muotathal

Einladung zur

Parteiversammlung

SVP Stadt Winterthur

Mittwoch, 24. April 2012, 20.00 Uhr
Restaurant Rössli, Rössligasse, 8405 Seen

Traktanden:

- Begrüssung / Wahl der Stimmzähler
- Abstimmungsvorlagen Winterthur
 - Sanierung und Verselbständigung der städtischen Pensionskasse GR Daniel Oswald
 - Taxiverordnung GR Urs Obrist
- Kantonale Abstimmungsvorlagen
 - Hooligan-Konkordat KR René Isler
 - Bonzensteuer KR Yves Senn
- Grundsatzbeschluss Teilnahme Stadtratswahlen 2014 GR Daniel Oswald
- Eidgenössische Abstimmungen
 - Volkswahl des Bundesrates NR Natalie Rickli
 - Verschärfung Asylgesetz NR Natalie Rickli
- Protokoll der Parteiversammlung vom 25. Oktober 2012 P. Rüttsche
- Verschiedenes / Umfrage

Der Präsident: Daniel Oswald

Im Falle einer Verhinderung nehme ich gerne eure Entschuldigung wie folgt entgegen:
daniel.oswald@svp-winterthur.ch
Telefon 052 243 11 69



EINDÄMMUNG DER ABGABEN- UND GEBÜHRENFLUT

Kantonale Volksinitiativen «Ja zu fairen Gebühren» sind zustande gekommen

Wie die kantonale Justizdirektion kürzlich mitgeteilt hat, sind die beiden kantonalen Volksinitiativen «Ja zu fairen Gebühren im Kanton» und «Ja zu fairen Gebühren in den Gemeinden» zustande gekommen.

KGV. Die beiden Initiativen sind mit einer derart komfortablen Anzahl Unterschriften zustande gekommen, dass man bei der Direktion der Justiz und des Innern sogar darauf verzichten konnte, alle Unterschriften auszuzählen. Für KGV-Präsident Hans Rutschmann ist dies ein gutes Zeichen: «Offenbar haben wir mit unserem Anliegen wirklich einen Nerv getroffen.

Nun liegt es an der Politik, wie sie auf unsere Forderungen nach einer Eindämmung der unerhörten Gebührenflut reagieren will. An der Urne hätten wir eine Mehrheit des Stimmvolks hinter uns, davon sind wir überzeugt.» Das Initiativkomitee, bestehend aus Vertretern des Kantonalen Gewerbeverbandes Zürich KGV und des Hauseigentümergebietes Kanton Zürich,

zählt im Rahmen der parlamentarischen Behandlung seiner beiden Volksinitiativen auf die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat.

Schliesslich sind die Senkung der Staatsquote und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor übertriebener finanzieller Ausbeutung durch den Staat klassisch bürgerliche Forderungen.

AKTUELLE STRUKTURDATEN

Neues Statistisches Jahrbuch des Kantons Zürich 2013

Das «Statistische Jahrbuch des Kantons 2013» ist da. Es enthält eine Fülle von Informationen und Daten zum Kanton Zürich. Schwerpunkt der vorliegenden 23. Ausgabe sind die Zürcher Ergebnisse der Strukturerhebung, die im Rahmen der neuen eidgenössischen Volkszählung durchgeführt wird. Das Hauptaugenmerk dieser Erhebung gilt den sozio-ökonomischen und den sozio-kulturellen Strukturen der Bevölkerung in der Schweiz.

ZB. Aus einer langen Tradition heraus veröffentlicht das Statistische Amt des Kantons Zürich auch in diesem Jahr ein Jahrbuch, das aktuelle Daten zum Kanton, seinen Gemeinden und zum Wirtschaftsraum Zürich zusammenfasst. Es erfüllt damit den wichtigen Auftrag der öffentlichen Statistik, Entwicklungen und Trends frühzeitig erkennbar zu machen und Entscheidungsgrundlagen für Planungs-, Gestaltungs- und Verwaltungszwecke anzubieten. Schwerpunkt der vorliegenden 23. Ausgabe sind die Zürcher Ergebnisse der Strukturerhebung, die im Rahmen der neuen eidgenössischen Volkszählung jährlich durchgeführt wird. Im Zentrum der besprochenen Erhebung stehen die sozio-ökonomischen und die sozio-kulturellen Strukturen der Bevölkerung in der Schweiz. Gesichertes Wissen auf diesen Gebieten ist zentral für die öffentliche Diskussion.

Kommentierte Grafiken und Karten

Das Jahrbuch enthält eine Fülle von Informationen und Daten zum Kanton Zürich. Neben Zahlen auf kantonaler, regionaler und kommunaler Ebene finden sich darin auch Erläuterungen zu den wichtigsten Quellen sowie kommentierte Grafiken und Karten. Dabei ist es in vier Themenbereiche gegliedert:

- Bevölkerung und Leben
- Arbeit und Wirtschaft
- Raum, Umwelt, Immobilien
- Staat, Gemeinden, öffentliche Finanzen, Politik

Die Tabellen des Nachschlagewerks wurden wiederum neutral, gewissenhaft und mit grosser Sorgfalt aufbereitet.

Noch viel mehr im Internet

Das Buch ist in erster Linie ein Tabellenwerk. Weil das Tabellenmaterial

heute fast vollumfänglich elektronisch im Internet oder in Datenbanken zur Verfügung steht, ist das Jahrbuch eng mit dem Internet-Portal des Statistischen Amtes verknüpft. Im Verlauf des Jahres werden die Jahrbuch-Tabellen laufend aktualisiert, so dass Interessierte unter www.statistik.zh.ch stets den aktuellen Stand der öffentlichen Statistik finden.

Fünf Hauptthemenbereiche – die sich inhaltlich an das Konzept des Jahrbuchs anlehnen – bieten im Internet Zugang zu sämtlichen Daten, Analysen, interaktiven Anwendungen und Dienstleistungen des Statistischen Amtes. Im weiteren finden Sie hier Informationen zu den Schwerpunkten innerhalb der Themenbereiche.

Statistisches Jahrbuch des Kantons Zürich 2013, herausgegeben vom Statistischen Amt des Kantons Zürich, 332 Seiten, Preis: Fr. 28.–.

LESERBRIEF

Asylbewerberunterkünfte gehören nicht in die Zentren

Die Asylpolitik betrifft uns alle. Wie uns letztes Jahr bereits anschaulich zeigte, hat dieses Thema verschiedene Problematiken aufgeworfen, denen es sich dringend anzunehmen gilt. Seit Christoph Blocher nicht mehr im Amt des Bundesrates tätig ist, wurden wir mit der schwerwiegenden Situation der vielen Asylsuchenden in der Schweiz vermehrt konfrontiert. Unsere derzeit im Amt aktiven Politiker richten ihr Augenmerk und ihr politisches Engagement hauptsächlich auf die Einwanderungspolitik. Nämlich das Wohlergehen der Ausländer und Einwanderer in unserem Land. Ebenso bewilligen sie hohe Mittel, die unser Land den Ausländern zur Verfügung stellt. Wo und wie aber wird für unsere Landsleute gesorgt?

Wir brauchen keine netten Politiker zugunsten des Auslands! Wie bereits unser Nationalrat Hans Fehr schon so schön zu sagen pflegte: Wir brauchen Politiker, die der Schweiz den gebührenden Respekt entgegenbringen. Wir brauchen Politiker, die unsere Schweiz vertreten und nicht Abkommen zugunsten anderer Länder und zuungunsten der Schweiz treffen.

Ein aktuelles Beispiel ist der Entscheid, notabene ohne Einbezug des Vokes, Asylunterkünfte im Duttweiler-Areal in Zürich-West zu bauen. Hier sollen 400 bis 500 Asylsuchende Plätze finden. Wir müssen mit all unseren Mitteln für die Stadt Zürich kämpfen, dass dieser Entscheid nicht endgültig wird! Asylbewerber gehören nach Kreuzlingen oder Chiasso, aber nicht in das Herz der Stadt Zürich! An die Grenze, wie bis anhin und wie es sich gehört!
Zorica Aurora Maric,
Winterthur-Wülflingen

SVP Oberwinterthur

Einladung

1. Mai Grillplausch

Wie jedes Jahr führen wir auch im 2013 den 1. Mai Grillplausch durch. Dieses Jahr haben wir Walter Wobmann, NR SO, als Gast bei uns.

Teilnahme	Alle (Freunde, Bekannte und Verwandte etc.)		
Lageplan	www.waldschulzimmer-lindberg.ch ab Schulhaus «Lindberg» ist der Weg signalisiert		
Zeit	Mittwoch 1. Mai 2013, ab 11.00 Uhr Der Anlass findet bei jeder Witterung statt!		
Programm	11.00 Uhr	Apéro	
	11.30 Uhr	Begrüssung Chantal Leupi, Präsidentin SVP Oberwinterthur anschliessend Ansprache Walter Wobmann	
	12.30 Uhr	Mittagessen	
Kosten	Verpflegung Erwachsene	Fr. 25.–	
	Kinder (schulpl.)	Fr. 5.–	
Die Getränke müssen separat bezahlt werden!			
Anmeldung	bis spätestens 26. April an Urs Obrist Telefon 052 202 84 44 Natel 079 414 31 22 E-Mail urs.obrist@hispeed.ch		

Ja, ich nehme teil am 1. Mai Grillplausch

Name Vorname

Anzahl Erwachsene Anzahl Kinder



1:12 UND DIE FOLGEN

Erinnern Sie sich noch an die «Wägeli-Schieber»?

Eigentlich ist es noch gar nicht so lange her, seit man beim Einkauf ein Wägeli auch ohne Fränkli bekam und es dann beim Ausgang einfach stehen lassen konnte. Eine Arbeitskraft des Ladens übernahm das Zurückschieben und Ordnen der Wägeli, entsorgte gleich den darin allenfalls verbliebenen Abfall und alle waren zufrieden.



ALIKI PANAYIDES
GESCHÄFTSFÜHRERIN
SVP KANTON BERN
BREMIGARTEN

Dann aber wurde «Geiz ist geil» modern. Wir sind ja nicht blöd und wollen weniger zahlen, in der EU geht das ja auch. Schön und gut. Der Druck auf die Detaillisten steigt, die Preise fallen, und damit mussten auch Kosten optimiert werden, sprich: Personal abbauen, das nicht unbedingt nötig ist. Mit dem Fränkli-System spart man sich den Wägeli-Schieber, bald mit passabene die Kassensmitarbeitenden und auf Post und Bank machen wir ja sowieso schon längst alles selber (gratis notabene).

Preis-Druck und Lohnerwartungen

Unter dem Preisdruck wird munter weiter optimiert, gleichzeitig aber wird auch munter über Mindestlöhne diskutiert. Das Resultat ist einfach: Für ein Unternehmen lohnen sich nur noch Mitarbeitende, die für ihren

Lohn das Maximum bringen. Da bleibt kein Platz mehr für einen Schwatz während der Arbeitszeit. Der Pöstler bekommt vorgeschrieben, wie viele Minuten pro Briefkasten er vergeuden darf. Die Posttouren rotieren und die Zeit «meines Pöstlers» und «unseres Hauswarts» ist längst vorbei. Mit etwas Glück bleibt mir noch «meine Migrosfiliale mit Postabholstelle» und eine Firma, welche wenigstens ab und zu auf Ermahnung hin eine Glühbirne im Treppenhaus auswechselt auf ihrer Wochentour. Man nennt es betriebswirtschaftlich denken, nur geht die Rechnung nicht ganz auf: All jene, welche eben nicht Speedy Gonzales gleich durchs Leben rotieren, haben keinen Platz mehr in dieser schönen neuen Arbeitswelt. Der Weg führt dann auch für diese zum Sozialdienst und am Schluss in die IV.

1:12 vernichtet noch mehr Arbeitsplätze

Mit der Diskussion um 1:12 wird sich diese Entwicklung noch verschärfen. Anstatt aufzuzeigen, dass 1:12 zu weiteren Arbeitsplatzstreichungen führen

wird, lassen sich sogar bürgerliche Politiker auf Debatten über Mindestlöhne ein.

Einst gab es Arbeit für alle, unabhängig von den Fähigkeiten und der Belastbarkeit, aber mit einem der Leistung entsprechenden Lohn. Dann aber sollte der Lohn plötzlich für alle reichen und stieg an. Welches Unternehmen könnte sich heute noch leisten, jemanden zum Wägeli-Schieben einzustellen, wenn er dafür einen Mindestlohn hinblättern muss? Stattdessen muss die Allgemeinheit für die Bürokratie und die Sozialhilfe ein Vielfaches davon ausgeben für Menschen, die lieber diese Arbeit übernehmen würden anstatt beim Sozialamt anzuklopfen.

Höchste Zeit, den Riegel zu schieben und die Lohndiskussion wieder ins richtige Licht zu rücken. Anstatt Beschäftigungsprogramme inklusive teurem bürokratischen Aufwand zu schaffen, sorgen wir besser dafür, dass es wieder Arbeitsplätze für alle gibt, ohne Mindestlohn für alles und jedes. 1:12 vernichtet Arbeitsplätze! Deshalb sage ich Nein.

GRÜNE WIDERSPRÜCHE

Utopische Energiepolitik der Linken

Das Lamento um die Abschaffung der Atomkraftwerke nimmt weiter fröhlich seinen Lauf. Die umweltpolitische Seite packt jede Gelegenheit, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen, sämtliche Ausstösse aus der Energiegewinnung zu verfluchen und dabei mit dem Finger auf die bösen Verursacher zu zeigen.



SIMONE AKERMANN
PRÄSIDENTIN
JSVP OBERLAND-SEE

Die Atomkraftwerke sollen abgestellt werden, damit die Gefahren für die Umwelt aus dem Weg geräumt sind. Dass in Europa, auch in unmittelbarer Nähe zur Schweizer Grenze, Atomkraftwerke stehen, wird nicht erwähnt. Hinzu kommt, dass Atomkraftwerke in der Schweiz wohl um einiges besser überwacht und gewartet werden als in anderen Ländern. Tritt aus einem Atomkraftwerk in einem dieser Länder radioaktive Strahlung aus, so gelangt diese problemlos bis in die Schweiz, und dann nützt es herzlich wenig, wenn wir hier keine Atomkraftwerke mehr haben. Von allfälligen Gefahren sind wir durch deren Abschaffung selbstverständlich nicht verschont. Ebenfalls wird grosszügig ausser Acht gelassen, dass die angestrebten Gaskombikraftwerke als Alternative zur bestehenden Energiegewinnung nicht-erneuerbare fossile Energien verbrennen und ein enormes Mehr an Ausstossen generieren, was nach logischer Denkweise nicht im Sinne der Linken sein kann. Plädiert man für die Konstruktion alternativer Energiegewinnungsmöglichkeiten, wie den Bau von Windrädern oder Staumauern, so wird garantiert wegen Verschandelung der Landschaft durch die Windräder

oder, wie bei der Erhöhung der Grimsel-Staumauer, wegen untergehender Pflanzen und Bäume durch die Erhöhung des Wasserspiegels interveniert.

Von Widersprüchen

Nebst der alternativen Energiegewinnung pochen die sogenannten Umweltfreundlichen auf die 2000-Watt-Gesellschaft. Wie um Himmels willen soll das möglich sein, wenn nebst den ausstossreichen Gaskombikraftwerken dauernd Aufforderungen laut werden, dass emissionsarme elektrische Fahrzeuge verwendet oder auf die öffentlichen Verkehrsmittel umgestiegen werden soll? Vermutlich haben die Linken bei der Ausarbeitung ihrer Forderungen vergessen, dass diese Verkehrsmittel mit nichts anderem als Strom laufen. Hinzu kommt, dass die ständig als umweltverträglich angepriesene Eisenbahn genau dann sparsamer als ein anderes Verkehrsmittel ist, wenn sie aus- bis überlastet ist. Ausserhalb der Stosszeiten verursacht ein Zug heute klar mehr Emissionen als zum Beispiel ein moderner Lastwagen, welcher die neusten Vorschriften erfüllt.

Die Energiepolitik der Linken, Grünen und Umweltorganisationen ist voller Widersprüche und bleibt utopisch – Wunschenken alleine reichen eben nicht, um ein sinnvolles Ziel zu erreichen. Man müsste die Ideen halt auch einmal zu Ende denken.

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 66, Fax 044 217 77 65

Arbeitsstagung der SVP Kanton Zürich

Gemeinden unter Druck

Tagung für Gemeindevertreter, Kandidatinnen und Kandidaten, sowie übrige Behördenmitglieder, Parlamentarier und interessierte Parteimitglieder

Der Bund übernimmt zunehmend das international Vorgegebene, die Kantone vollziehen das vom Bund Angeordnete und die Gemeinden übernehmen das vom Kanton Befohlene. Die Behördenmitglieder aller Stufen können immer weniger selber gestalten und sehen sich degradiert zu blossen Vollzugshelfern. Die Gemeinden stehen heute überall unter Druck – finanziell, ideell, teilweise auch personell. Der neue Finanzausgleich schafft offensichtlich viele neue Probleme – die Gemeinden werden vielfach alleingelassen. Die SVP ist in den Gemeinden gut verankert. Sie will aber keine Verwalter und Bürokraten, die obrigkeitliche Anordnungen zum Nachteil der Bürger willig umsetzen.

Datum: Samstag, 20. April 2013
Türöffnung: 8.30 Uhr mit Kaffee und Gipfeli
Beginn: 9.00 Uhr
Ende: 12.00 Uhr
Ort: Restaurant Rössli, Kempttalstrasse 52, 8038 Illnau

Programm: Gemeinden unter Druck – eine Auslegeordnung
Gregor Rutz, Nationalrat, Vizepräsident SVP des Kantons Zürich
 Fakten des neuen Finanzausgleichs und die konkreten Auswirkungen auf die Zürcher Gemeinden
Matthias Lehmann, Experte für Gemeindefinanzen, swissplan.ch
 Permanente Einschränkung der Gemeindeautonomie durch Bund und Kanton
Hans Heinrich Raths, Kantonsrat, Pfäffikon ZH
 Die Einheitsgemeinde – ein Zukunftsmodell für Zürcher Gemeinden?
Martin Zuber, Kantonsrat, Gemeindepräsident Waltalingen

Im Anschluss: **Wie kann die SVP die Gemeinden stärken? – eine Diskussion**

Anmeldetalon für die Teilnahme an der Informationstagung vom Samstag, 20. April 2013

Ich melde mich für die Tagung an.
 Wir melden uns für die Tagung an: ____ Anzahl Personen.

Name: Vorname:
 Strasse: PLZ, Ort:
 Telefon: E-Mail:

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

Adel – oder Adil – oder gar Adul?

Nein, nicht ein kürzlich aus dem Kosovo neu zugezogener Schüler steht im Mittelpunkt. Vielmehr die derzeit dominierende Mode-Torheit der hektischen Volksschul-Reformitis.



ULRICH SCHLÜER
ALT NATIONALRAT SVP
FLAACH

Die offizielle Abkürzung besteht bloss aus drei Buchstaben: A, d und L. AdL bedeutet «Altersdurchmisches Lernen», im Lehrer-Jargon so bezeichnet wie im Titel dieses Bulletins.

Gewolltes Chaos

Im altersdurchmischten Lernen werden Schüler unterschiedlicher Lernstufen in einer einzigen Klasse zusammengefasst; Zweit-, Dritt-, Viert- und Fünftklässler lernen im gleichen Klassenzimmer. Wobei rund die Hälfte dieser «altersdurchmischten Schüler» in den Genuss irgendwelcher Sondermassnahmen kommt, wofür – buchstäblich – Heerscharen von Heilpädagoginnen und Therapeuten meist im gleichen Klassenzimmer parallel zum laufenden Schulbetrieb ihre Sonderlektionen im «gezielten Einzelunterricht» erteilen.

Resultat: Ständiges Kommen und Gehen von Heilpädagoginnen, von Schülern zu oder Rückkehrerinnen von Therapeuten. Vielfältiger Parallel-Unterricht – alles gut hörbar, alles nebeneinander. Konzentration wird unmöglich. Unruhe, ständige Ablenkung dominiert. Es ist – wie wir schon früher berichtet haben – diese regelrecht herangezüchtete Unruhe, die Schulklassen zu Armee-Kunden werden liess: Sie kaufen die gegen Schiesslärm schützenden Kopfhörer für jene Schüler, die sich auf schriftliche Aufgaben konzentrieren können sollten ...

Neue Forderungen

Die gewerkschaftlich auftretenden – kaum die Mehrheit ihres Berufsstandes vertretenden – Sprecher der Lehrerorganisationen stellen zum AdL nun plötzlich neue Forderungen – eine Reglung aus der Vergangenheit wiederbelebend: Als der Volksschule noch nicht Aberdutzende von Millionen

zum Verbraten in zielloser Reformitis zur Verfügung standen, gab es in kleineren Gemeinden nicht wenige Schulklassen, in denen ein Lehrer bis zu vierzig oder mehr Schüler vom Erst- bis zum Viertklässler, allenfalls gar vom Erst- bis zum Sechst- oder gar zum Achtklässler in einer einzigen Klasse unterrichtete – übrigens nicht selten auch höchst erfolgreich.

Für zusätzliche Vorbereitungszeit erhielten solche Mehrklassenlehrer in vielen Kantonen einen bescheidenen Lohnzuschlag. Dieser verschwand mit dem Verschwinden dieser mehrere Altersstufen umfassenden Grossklassen.

Jetzt wird dessen Wiederbelebung gefordert: Wer klassenübergreifend unterrichtete, müsse höheren Lohn haben. Das macht AdL attraktiv – wobei die Bescheidenheit von damals nicht mehr gilt: Nicht nur für Lehrer wird massiv mehr verlangt, auch für Therapeuten und Heilpädagogen – denn diese haben, laut Reglement, rund dreissig Prozent mehr Lohn zugut, weil sie «Zusatz-Studierte» seien.

Immer teurer – immer schlechter

Damit steht der Volksschule aufgrund untauglicher Reform einmal mehr eine Kostenexplosion unabsehbaren Ausmasses ins Haus: Mehrkosten nicht für Schüler, nicht für Bildung – vielmehr zur Abgeltung hektischer gestarteter, unüberlegter Reform, für Reform-Unsinn und den dahinter immer weiter aufgeblähten bürokratischen Apparat.

Wer kritisiert, wird pauschal, bedenkenlos und perfid als «Bildungsfeind» diffamiert. Als hätte die Reformitis-Millionenverschwendung noch irgend etwas mit echter Bildung zu tun. In Wahrheit wird mit Millionen bürokratisch inszenierte Bildungszerstörung finanziert: Die Volksschule wird zwar immer teurer, aber auch immer schlechter.

Ob die kantonalen Parlamente den Mut finden, diesem kostspieligen Unsinn endlich einen Riegel zu schieben?

Quelle: www.bildungskompass.ch

Fadegrad

Brutale Enteignung



VON
BRUNO SIDLER

Eine unerhörte Geschichte spielt sich in Zürich-Affoltern ab. In einer Volksabstimmung wurde an der Wehntalerstrasse die Baulinie neu festgesetzt, damit genügend Platz bleibt, wenn dann die Affolterner irgendwann mit einem Tram beglückt werden. Konkret: Die Baulinie wurde nach hinten zurückversetzt, um an der Strasse Platz zu schaffen für schöne, komfortable ÖV-Haltestellen. Ein pikantes Detail mit gravierenden Auswirkungen ist die Tatsache, dass die Baulinie in Neu-Affoltern in einem Fall mitten durch eine bestehende Liegenschaft verläuft. Das heisst, dass beim Umsetzen der ÖV-Pläne die betroffene Liegenschaft entwertet wird oder wahrscheinlich sogar abgebrochen werden muss. Der Liegenschaftbesitzer hatte sich von Anfang an (schon vor der Volksabstimmung) gegen die Massnahme gewehrt. Die SVP hatte sich ebenfalls dagegen stark gemacht.

Gegen den Gemeindebeschluss wurde Rekurs eingereicht. Das Baurekursgericht des Kantons Zürich hiess den Rekurs teilweise gut und hob die festgesetzte Baulinie auf der betroffenen Parzelle auf. Das ist doch ein lobenswerter Entscheid einer Gerichtsinstanz, der auch den Eigentümer freuen dürfte. Die Geschichte hat aber noch kein Happy-End, sondern eine traurige Fortsetzung. Der linksdominierte Gemeinderat hat beschlossen, gegen die Gutheissung des Rekurses beim Verwaltungsgericht Beschwerde einzureichen.

Dieses Vorgehen muss man sich mal im Detail vor Augen führen. Da wird ein privater Hausbesitzer durch einen sinnlosen und nicht zwingenden Entscheid existenziell geschädigt, indem sein Mehrfamilienhaus wertlos wird. Die übergeordnete Gerichtsbehörde erkennt diese fatalen Konsequenzen und will mit der Gutheissung des Rekurses den Eigentümer schützen. Dann kommt der linke Gemeinderat und zieht den Fall an die nächste Instanz weiter. Das ist juristisch möglich, politisch zeigt sich dabei aber eine himmeltraurige Gesinnung: Für den luxuriösen Ausbau des ÖV wird privates Eigentum brutal enteignet. Wie lange dauert es noch, bis eine Mehrheit der Stadt-Zürcher erwacht und bereit ist, die politischen Mehrheitsverhältnisse in dieser Stadt zu ändern? Im Fall Affoltern bleibt im Moment nur die Hoffnung, dass das Verwaltungsgericht den Entscheid des Baurekursgerichts stützt und den Gemeinderat in die Wüste schickt.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Stadion: Ein Volksversprechen wird eingelöst

Es war schon in aller Munde: Am Donnerstag wurde im Rat die Weisung für ein neues Fussballstadion behandelt. Gross war der Andrang auf der Zuschauerbühne während der fast dreistündigen Debatte.



MARGRIT HALLER
GEMEINDERÄTIN SVP
ZÜRICH 9

Es ging eigentlich um zwei aneinander gekoppelte Vorlagen des Hochbaudepartementes: Erstens um die Behandlung der Weisung zur Nutzung des Areals Hardturm mit einem Objektkredit von 225 144 000 Franken für den Bau eines Stadions mit Stadionplatz sowie Beteiligung von höchstens 5 Millionen Franken und jährlich wiederkehrenden Betriebsbeitrag von höchstens 8,3 Millionen Franken an die Betriebsgesellschaft.

Zweitens um einen Objektkredit von 103 500 000 Franken für die Erstellung einer Wohnsiedlung und die Gewährung eines Baurechts für einen Teil der Wohnsiedlung.

Warum wurden die Vorlagen aneinander gekoppelt? Im Frühling 2009 gab die Credit Suisse (CS) der Stadt den Verzicht auf die Weiterverfolgung des Stadionprojekts bekannt. Nach intensiven Verhandlungen einigte man sich darauf, dass die Stadt das Land zu einem Pauschalpreis von 50 Millionen Franken kaufen konnte. Die Stadt musste deshalb im Kaufvertrag die Verpflichtung eingehen, auf dem Areal ein Sportstadion zu erstellen. Gelingt ihr das nicht oder verzichtet sie darauf, steht der CS ein bis 15. März 2035 befristetes, im Grundbuch eingetragenes Rückkaufrecht zu, und zwar zum gleichen, nach zehn Jahren jedoch teuerungsbereinigten Preis.

Die Linken wollten unbedingt einen Teil des Grundstückes für subventionierten Wohnungsbau erzwingen, was ihnen schlussendlich auch gelungen ist. Rund ein Drittel der Überbauung soll der städtischen Stiftung «Wohnungen für kinderreiche Familien» im Baurecht abgegeben werden. Darum gibt es ein kleineres Stadion als geplant. Das Fassungsvermögen wurde von 30 000 (Projekt Pentagon) auf maximal 19 500 Plätze verringert.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Letzte Chance für ein Fussballstadion

Vor rund 10 Jahren, am 7. September 2003, bewilligte das Stadtzürcher Stimmvolk mit über 63 Prozent Ja-Stimmen-Anteil den privaten Gestaltungsplan Stadion Zürich haushoch.



GEMEINDERAT
MAURO TUENA
FRAKTIONSCHEF SVP
ZÜRICH 4/5

Der Grundstein für ein privat finanziertes, zweckmässiges Fussballstadion wurde gelegt – meinte man damals zuversichtlich. Doch es kam anders. Sechs Gruppierungen aus zum Teil aktiven Mitgliedern linker Parteien ist es schliesslich gelungen, mit unzähligen langwierigen Rekursen die privaten Investoren zu vergraulen.

Scherbenhaufen

Die Investoren zogen sich schlussendlich im Juni 2009, also sechs Jahre nach dem Volks-Ja, resigniert und enttäuscht aus dem Vorhaben zurück. Was blieb, waren ein immenser Scherbenhaufen und ein grosser Imageverlust, angerichtet von Personen aus dem Umfeld der politischen Linken, gegen den Willen des Souveräns. Die SVP verurteilt diese destruktiven Machenschaften explizit und bedauert, dass ein solches Vorgehen überhaupt möglich ist. Die Leidtragenden sind einmal mehr die Steuerzahlenden unserer Limmatstadt.

Wichtige Volksabstimmung

Heute, zehn Jahre später, kommt wohl für lange Zeit der letzte Anlauf für den

Die Fraktionspräsidenten verlasen die Fraktionserklärungen. Die Bürgerlichen waren froh, dass endlich ein Stadion gebaut wird, das die Bedürfnisse der Fans und der Spieler deckt und betonten mehrmals, dass Linksgrün in der finanzpolitischen Verantwortung liegt, da keine Mantelnutzung mehr erfolgt und somit das Betriebsdefizit zu Lasten der Steuerzahler geht. **Mauro Tuena** betonte, dass dies die letzte Chance für lange für die Realisierung eines Fussballstadions ist. (Wortlaut der Fraktionserklärung siehe unten.)

Eintretensdebatten

Thomas Schwendener, Mitglied der Spezialkommission des Hochbaudepartementes, betonte, dass man heute wirklich «über den Schatten springen muss». Beim ersten Projekt der CS wäre es ohne Kosten für den Steuerzahler gegangen. **Roger Bartholdi** bedauerte, dass FCZ und GC nun in einem Stadion «light» spielen müssen und zählt verschiedene Stadions mit Mantelnutzung in der Schweiz auf, die gewinnbringend sind.

Roger Liebi meinte, dass das Stadion für die Linken fast eine Nebensache und für sie die Wohnüberbauung wichtiger sei. Das Zentrale sei doch, dass dieses Stadion lebensnotwendig für die beiden Vereine ist; nicht wegen den Löhnen, sondern wegen der Wirkung auf den Jugend- und Breitensport. Sozialpolitisch habe es eine grosse Wirkung. Durch ein verbessertes Sicherheitskonzept ermögliche es wieder allen Fans und Familien an den Spielen teilzunehmen.

Auch **Bernhard im Oberdorf** unterliess es nicht, nochmals zu betonen, dass die Linken mit ihrer Lobhudelei zum Stadion davon ablenken wollen, dass sie mit ihrer Pentagon-Politik einen riesengrossen Scherbenhaufen hinterlassen haben. Die Rechtsmittel seien exzessiv ausgenutzt worden, sie verstossen gegen Treu und Glauben und grenzt schon fast an einen Guerillakrieg. Man hat jetzt ein sehr kleines Stadion zu sehr hohen Kosten. Er hält

den Linken vor, dass sie jetzt um das Geld jammern, das das Stadion kostet, obwohl sie eine subventionierte Wohnsiedlung mit einem Stadion im Hinterhof bekommen würden.

Grüne Stadionverhinderer

In den Detailberatungen geht es um Sparanträge. Ironischerweise beklagten ausgerechnet die grünen Stadionverhinderer die hohen wiederkehrenden Betriebskosten. Die Mehrheit der Spezialkommission (SVP, FDP und CVP) beantragte eine Kürzung der Reserven um ein Drittel, das macht 9 Millionen Franken auf den Gesamtbetrag aus, was vertretbar ist.

Die Grünen setzten ihre Oppositionspolitik fort und verlangten eine massive Kürzung des Kredits, indem sie vor allem an den Parkplätzen in der Tiefgarage herumschrauben wollten. Die Fahnen im Wind könnten nicht stärker flattern. Sie wollen gerade die Parkplätze, die am meisten Einnahmen generieren, indem zahlungskräftige Fans mit dem Auto dort parkieren und anschliessend mit dem Lift bequem ins Stadion hinauffahren können, um an ihre teuren Sitzplätze oder Logen zu gelangen, reduzieren.

Das Beste kommt aber noch. Um Kosten zu sparen, wollte die Grünliberale Partei ein Stadion ohne räumlich abgetrennte Fankurven. Etwas vom Wichtigsten am neuen Stadion ist ja das Sicherheitskonzept, das den Pyrofangruppen keine Chancen lässt und massive Ausschreitungen verhindert

werden können. Wünschenswert wäre es, wenn der jeweilige massive Polizeieinsatz bei «Hochrisikospielen» verringert werden könnte, was auch Kosten sparen würde. Die Kürzung der Reserven um 9 Millionen Franken fand eine Mehrheit, die andern Anträge hatten zum Glück keine Chance.

Schlussabstimmungen

Endlich war es soweit! Der Gemeinderat stimmte dem Bau eines neuen Stadions mit 102 Ja- zu 16 Nein-Stimmen deutlich zu. Die subventionierte Wohnsiedlung fand, gegen die Nein-Stimmen der SVP, auch eine Mehrheit. Der Clou war noch, dass die Alternativen die Klausel der CS vertragswidrig herausstreichen wollten und das ganze Areal für den subventionierten Wohnungsbau haben wollten, was in meinen Augen verlogener nicht sein kann.

Das Volk hat das letzte Wort zum Bau dieses Stadions. Die SVP freute sich erst einmal, dass ein 10-jähriges Leiden ein Ende hat. **Mauro Tuena** bedankte sich bei seinen Fraktionsmitgliedern für die überzeugenden Auftritte in der Debatte. Im Bereich Fussball ist zurzeit Basel das Mass aller Dinge, das wird sich wieder ändern. Zürich war eine Fussballhauptstadt und wird es dank neuem Stadion wieder werden. In Zürich hat es 60 Fussballvereine, 500 Mannschaften, 5000 Buben und Mädchen spielen Fussball, das sind 40 Prozent aller Kinder. Ist das nicht toll?

LESERBRIEF

Migrationshintergrund

«Der Zürcher Bote» Nr. 13, Donnerstag, 28. März 2013

Der erwähnte Vorstoss (Postulat) von Kurt Hüsey, SVP Zürich 12, und Roland Scheck, SVP Zürich 3, ist sehr begrüssenswert. Nur zu oft sind wir Zeugen von folgenden medialen Berichterstattungen bei Gewaltverbrechen oder Rasereien: «Ein Schweizer hat ...» Sind aber, wie auf Grund der aktuellsten Statistiken über Ausländerkriminalität bestätigt wird, mehrheitlich Ausländer die Verursacher, dann sind es gemäss den TV-Sendern und den meisten Printmedien nur noch «Täter» oder «Ein aus der Region stammender». Der Ausländerhinweis wird krampfhaft unterdrückt. So werde ich doch als Schweizer Bürger dauernd in die Nähe von Verbrechen ge-

stellt. Rassismus mit andern Vorzeichen.

Es wäre wünschenswert, wenn die im erwähnten Vorstoss aufgeführte Aufteilung von Polizeimeldungen bei Straftaten nicht nur für die Stadt Zürich gelten soll, sondern letztlich schweizweit durchgesetzt werden könnte.

NB: An einem kürzlich stattgefundenen Seminar zum Thema «Ältere Menschen und ihre Erfahrungen mit der Kriminalität» musste ich erstaunt feststellen, dass weder der Oberstaatsanwalt noch Professoren für Straf- und Strafprozessrecht in ihren Referaten bzw. Podiumsdiskussionen auf Täter mit Migrationshintergrund eingingen bzw. sie überhaupt erwähnten.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

Tagung Parteiprogramm 2014–2018

Samstag, 20. April 2013, 8.00 bis 13.00 Uhr
Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstr. 14, 8038 Zürich

Ablauf der Tagung:

08.00	Kaffee und Gipfeli
08.30	Beginn, Begrüssung, Organisation
09.00	Referate zu den vier Themen Wirtschaft, Finanzen / Verkehr / Soziales / Energie
09.30	Kaffeepause
10.00–12.00	Gruppenarbeiten
12.00	Präsentation und Schlussdiskussion
13.00	Mittagessen (auf eigene Rechnung)

Arbeitsgruppen / Leiter:

• Wirtschaft / Finanzen	Gemeinderat Roger Liebi
• Verkehr	Gemeinderat Roland Scheck
• Soziales	Bene Hoffmann, Mitglied Sozialbehörde
• Energie	Gemeinderat Martin Bürlimann

Anmeldung (Unbedingt Arbeitsgruppenwünsche angeben)

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Arbeitsgruppe

1. Wahl.....

2. Wahl.....

Mittagessen

Ja / Nein (bitte ankreuzen)

Bitte sofort einsenden an: Sekretariat SVP der Stadt Zürich, Postfach 6612, 8050 Zürich
Telefon 044 310 81 19, Fax 044 310 36 62, E-Mail: sekretariat@svp-stadt.zuerich.ch

Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

Wildgehölze für stufige Waldränder, Garten-, Bach- und Strassenbegleitbepflanzungen

Jungpflanzen für Weihnachtsbäume

Wildverbiss- und Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung

Fordern Sie unsere Preisliste an!



Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos**.

Komme bei Ihnen vorbei.
Tel. 044 822 26 11



SVP Winterthur Altstadt, Veltheim, Töss und Mattenbach

Einladung zum Dorffest Veltheim

31. Mai 2013 ab 18.00 Uhr bis 2. Juni 2013 bis 20.00 Uhr

Feines Essen | Gemütliches Beisammensein | Politische Gespräche

Freitag 31. Mai 2013 18.00 bis 02.00 Uhr
Samstag 1. Juni 2013 14.00 bis 02.00 Uhr
Sonntag 2. Juni 2013 11.00 bis 20.00 Uhr

Geniessen Sie unsere hausgemachte Gulaschsuppe oder lassen Sie sich durch unsere speziellen Schüblige verführen.

Probieren Sie das feine Winterthurer Euelbräu-Bier oder einen Wein aus der Region.

In der gemütlichen Festbeiz bietet sich die Gelegenheit für einen Jass oder ein Gespräch mit einem Politiker.

Wir freuen uns auf Sie!

Bachtelstrasse / Feldstrasse, 8400 Winterthur

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

2-jährige **Pfauenziege** mit Gitzi (weiblich) Fr. 150.-, 1-jährige **Pfauenziege** Fr. 80.-, alle zusammen Fr. 200.-. Tel. 079 299 12 00.

Jauchepumpe Schweizer mit aufgebautem El.motor inkl. 20 m Kabel z. verschlauchen geeignet sowie ein Rührwerk Kolb (Haspel) plus 20 Rohre, Durchm. 6 cm, sehr günstig. Tel. 052 317 15 66.

Holzsilos Hegner mit Lukenband, druckimprägniert. Höhe 7,5 m, Durchmesser 3,5 m; Höhe 6,5 m, Durchmesser 3 m. Tel. 052 337 21 62.

ZU KAUFEN GESUCHT

Kaufe **Autos, Busse, Lieferwagen** usw. Gute Barzahlung, gratis Abhol-dienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser. Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.-** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.-** inkl. MWSt.

Einsendeschluss

jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

Jetzt die Mediadaten 2013 bestellen! print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70
Fax 044 924 20 79
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Lassen Sie sich vom Wetter nicht um den Lohn Ihrer Arbeit bringen.



Wir unterstützen Sie in Ihrem Risikomanagement mit einer umfassenden Deckung gegen Wetterrisiken.

Postfach, 8021 Zürich
Tel.: 044 257 22 11
Fax: 044 257 22 12
info@hagel.ch
www.hagel.ch



Schweizer Hagel Suisse Grêle Assicurazione Grandine
IM DIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Die Junge SVP Kanton Zürich lädt ein zu:



Ordentliche Generalversammlung 2013

Das vorangehende Referat steht allen Gästen offen:

Referat von Korpskommandant Aldo C. Schellenberg – neuer Chef der Schweizer Luftwaffe

Freitag, 19. April 2013, 19.30 Uhr
(Türöffnung ab 19.15 Uhr)
Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, 8003 Zurich

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!
Für Rückfragen: Anita Borer, Präsidentin, borer@jsvp-zh.ch

SVP Winkel-Rüti



Puure-Zmorge

Datum: Auffahrtstag, 9. Mai 2013
Zeit: 10.00 Uhr bis ca. 13.00 Uhr
Ort: Rösli und Walter Schellenberg
Lufingerstrasse 47
8185 Winkel

Programm: Puure-Zmorge Buffet
Musik durch Rüdlinger-Örgeli-Fründe

Der Anlass findet bei jeder Witterung statt.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch
SVP Sektion Winkel-Rüti

Vorankündigung Alt-Räte-Treffen 2013

Das traditionelle Treffen findet dieses Jahr am Dienstag, 14. Mai 2013 im Bezirk Bülach statt.

Die ehemaligen Rätinnen und Räte erhalten rechtzeitig eine persönliche Einladung samt Anmeldetalon zugeschickt.

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRAVSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion

Montag, 22. April 2013, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach

Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden

Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht

Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Uster / Uster

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach

Jeweils Sonntagmorgen, ab 10.00 Uhr, Café Meier, Seuzach: 9. Juni, 4. August, 6. Oktober und 1. Dezember 2013.

Junge SVP Kanton Zürich

Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Partehöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur

Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5

Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhaus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis

Montag, 27. Mai 2013, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum ehemaliges Postgebäude, Ebertswil, Parteiversammlung.

Bezirk Affoltern / Knonau

Samstag, 29. Juni 2013, Besuch Sasso San Gotthardo Museum. Weitere Informationen folgen. Anmeldungen unter svpknonau@gmail.com oder Natel 076 771 20 60.

Bezirk Affoltern / Wettswil

Mittwoch, 2. Oktober 2013, 20.00 Uhr, Singsaal Schulhaus Mettlen Wettswil a.A., Podiumsveranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli und Nationalrat Hans Kaufmann. Zum Abschluss der Veranstaltung werden Getränke und Salzgebäck offeriert. Die Teilnahme an der Veranstaltung (inklusive «Getränke-Runde») ist gratis! Beim Schulhaus Mettlen stehen viele Parkplätze zur Verfügung! Wir freuen uns auf viele Teilnehmer!

Bezirk Bülach / Winkel-Rüti

Donnerstag, 9. Mai 2013, 10.00–13.00 Uhr, bei Rösli und Walter Schellenberg, Lufingerstrasse 47, Winkel, Puure-Zmorge-Bufferet. Musik durch Rüdinger-Örgeli-Fründe. Der Anlass findet bei jeder Witterung statt.

Bezirk Meilen / Stäfa

Samstag, 11. Mai 2013, 9.00–12.00 Uhr, vor der Migros, Stäfa, Standaktion. Nationalrat Christoph Mörgeli, Nationalrat Gregor Rutz, Kantonsrätin und Präsidentin der SVP des Bezirks Meilen Theres Weber und Kantonsrat Hans Peter Amrein verteilen den Müttern eine bunte Muttertags-Rose.

Donnerstag, 16. Mai 2013, 18.00 Uhr, bei Jakob Grimm, Holzhausen, Oetwil am See, Generalversammlung. Programm: 18.00 Uhr: Führung von Köbi Grimm durch sein einmaliges Weinbaumuseum; 19.00 Uhr: Apéro und 20.30 Uhr: Generalversammlung.

Sonntag, 15. September 2013, 14.00 Uhr, in der «Halle für alle», Froberg, Stäfa, kultureller Anlass mit Christoph Blocher und dem Solisten-Ensemble von La Compagnia Rossini: Würdigung dreier Persönlichkeiten vom Zürichsee (Johann Kaspar Pfenniger, Patriot, Conrad Ferdinand Meyer, Schriftsteller, und Karl Landolt, Kunstmaler). Programm: 14.00 Uhr: Türöffnung; 15.00 Uhr: Beginn des Programms. Eröffnungskonzert von La Compagnia Rossini. Begrüssung durch Kurt Zollinger. Vortrag von Christoph Blocher. Schlusskonzert von La Compagnia Rossini. 17.15 Uhr: Der Veranstalter offeriert «Ghackets mit Hörnli» und Apfelsmus. Jedermann ist herzlich eingeladen! Parkplätze sind genügend vorhanden, ab 13.45 Uhr wird ab dem Bahnhof Stäfa ein Busbetrieb angeboten.

Junge SVP Kanton Zürich

Freitag, 19. April 2013, 19.30 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorfer-

strasse 150, Zürich, ordentliche Generalversammlung. Als besonderen Gast und Referenten begrüßen wir Korpskommandant Aldo C. Schellenberg, den neuen Chef der Schweizer Luftwaffe. Er wird zu Beginn der Veranstaltung um 19.30 Uhr referieren. Es ist eine gute Gelegenheit, mit ihm in Kontakt zu treten und Fragen an ihn zu richten. Die Generalversammlung wird ab 20.00 Uhr ungefähr eine Stunde dauern. Im Anschluss an die Generalversammlung offeriert die JSVP ZH einen Apéro.

Stadt Winterthur / Oberi

Mittwoch, 1. Mai 2013, ab 11.00 Uhr, Waldschulzimmer Lindberg, 1.-Mai-Grillplausch (www.waldschulzimmerlindberg.ch). Ab Schulhaus «Lindberg» ist der Weg signalisiert. Gast: Nationalrat Walter Wobmann, SO. Programm: 11.00 Uhr: Apéro; 11.30 Uhr: Begrüssung Chantal Leupi, Präsidentin SVP Oberwinterthur. Anschliessend Ansprache Walter Wobmann; 12.30 Uhr: Mittagessen. Kosten: Verpflegung Erwachsene: Fr. 25.–, Kinder (schulpflichtig) Fr. 5.–. Die Getränke müssen separat bezahlt werden! Anmeldung: bis spätestens Freitag, 26. April 2013 an Urs Obrist, 052 202 84 44, Natel 079 414 31 22 oder E-Mail urs.obrist@hispeed.ch. Bitte angeben: Name, Vorname, Anzahl Erwachsene und Anzahl Kinder. Der Anlass findet bei jeder Witterung statt!

Stadt Zürich / Kreis 11

Samstag, 27. April 2013, 9.00–12.00 Uhr, Marktplatz Oerlikon (zwischen Swissôtel und Brunnen), Standaktion mit den SVP-Frauen Stadt Zürich.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Töss und Mattenbach

Freitag, 31. Mai 2013 bis Sonntag, 2. Juni 2013, Dorffest Veltheim (Bachtelstrasse / Feldstrasse, Winterthur). Feines Essen – gemütliches Beisammensein – politische Gespräche. Programm:

– Freitag 31. Mai 2013: 18.00 bis 02.00 Uhr

– Samstag 1. Juni 2013: 14.00 bis 02.00 Uhr

– Sonntag 2. Juni 2013: 11.00 bis 20.00 Uhr

Geniessen Sie die hausgemachte Gulaschsuppe oder lassen Sie sich durch die speziellen Schüblige durchführen. Probieren Sie das feine Winterthurer Euelbräu-Bier oder einen Wein aus der Region. In der gemütlichen Festbeiz bietet sich die Gelegenheit für einen Jass oder ein Gespräch mit einem Politiker.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich

Samstag, 27. April 2013, 9.00–12.00 Uhr, Marktplatz Oerlikon (zwischen Swissôtel und Brunnen), Standaktion mit dem Kreis 11.

Montag, 6. Mai 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.00 Uhr, Sommerhöck.

Montag, 26. August 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 28. Oktober 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 28. November 2013, 19.00 Uhr, Adventsessen.

Montag, 27. Januar 2014, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 13. April 2013, 9.30–11.30 Uhr, ref. Kirchgemeindehaus, Pfäffikon ZH, Mannezmorge (Frühstück – Referat – Diskussion) mit Claudio Zanetti, Kantonsrat SVP, Jurist und Kommunikations-Berater. Er spricht zum Thema «Vom Umgang der Medien mit der Wahrheit». Zwischen kritisch und boshaft: Wie Mücken zu Elefanten und Zeitungsenten gemacht werden. Der Weg zwischen Effekthascherei und trockenem Einheitsbrei. Herzlich laden ein: katholische und reformierte Kirchgemeinde Pfäffikon. Mannezmorge-Team: Erich Bolt, Hansjörg Christinger, Jean-Claude Richardet.

Mittwoch, 17. April 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Rheinfels, Eglisau, Generalversammlung der SVP Eglisau. Ab 19.30 Uhr Gratisapéro. 21.00 Uhr Kurzbericht «Aktuelles und Sonderbares aus Bundesbern» mit Diskussion von Nationalrat Hans Fehr.

Montag, 13. Mai 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Mühle, Oberembrach, Referat «Aktuelles aus Bundesbern» und Diskussion von Nationalrat Hans Fehr im Anschluss an die Generalversammlung der SVP Oberembrach.

Mittwoch, 15. Mai 2013, 20.00 Uhr, Meningen/ZG, Streitgespräch zum Thema «Volkswahl des Bundesrates?» mit den Nationalräten Hans Fehr, SVP, und Gerhard Pfister, CVP, mit Parolenfassung im Rahmen der Delegiertenversammlung der CVP des Kantons Zug.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Ausstellung des Malers Konrad Flückiger (SVP), Oberembrach
Hotel Riverside, Spinnerei-Lettenstrasse, Zwidlen-Glattfelden. Dauer der Ausstellung: 1. März bis 17. Mai 2013 (www.konrad-flueckiger.ch).

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten

Sonntag, 26. Mai 2013, **1. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 23. Juni 2013, **2. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 21. Juli 2013, **3. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 25. August 2013, **4. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 15. September 2013, **5. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701

Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:

Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:

Reinhard Wegelin (rw.), Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:

print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:

Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinsetrate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8 % Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:

Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Generalversammlung

Freitag, 19. April 2013, 19.45 Uhr (Apéro 19.15 Uhr), Trichtenhausermühle, Trichtenhauserstrasse 60, Zollikerberg.

Höcks

Dienstag, 14. Mai 2013, 19.30 Uhr, **1. Höck**, Restaurant Kreuz, Bergstrasse 161, Horgenberg.

Donnerstag, 13. Juni 2013, 19.30 Uhr, **2. Höck**, Restaurant Riverside, Glattfelden/Zwidlen.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.30 Uhr, **3. Höck**, Gibswiler-Stube, Tösstalstrasse 466, Gibswil.

Dienstag, 30. Juli 2013, 19.30 Uhr, **4. Höck**, Besenbeiz Eichhof, Eichhof 361, Bachs (Treffen mit der SVP Neerach).

Dienstag, 13. August 2013, 19.30 Uhr, **5. Höck**, Restaurant Eintracht, Bahnhofstrasse 36, Elgg.

Dienstag, 10. September 2013, 19.30 Uhr, **6. Höck**, Restaurant Erpel, Türlersee, Hausen am Albis.

Jahresschlusstreffen

Freitag, 11. Oktober 2013, Restaurant Wallberg, Eichholzstrasse 1, Volketswil.

Sommerreise

Freitag, 9. August 2013 bis Montag, 12. August 2013, Sommerreise in die Dolomiten.

Exklusivinterview mit Ehepaar Blocher

In einem persönlichen Exklusivinterview von ZüriPlus mit der Journalistin Claudia Steinmann gibt das Ehepaar Christoph und Silvia Blocher interessante Einblicke über den gemeinsamen Lebensweg. Dabei stehen keine politischen, sondern ausschliesslich persönliche Themen einer 45-jährigen Partnerschaft im Mittelpunkt. Das Paar erzählt Anekdoten aus der Zeit des Kennenlernens genauso offen wie über die nächstelangen Diskussionen, als schwierige und höchst riskante berufliche Entscheidungen anstanden. Das interessante Interview der Rubrik «ZüriKonkret» ist im Internet zu finden unter: www.zueriplus.ch/konkret.htm